

Belgien

Matthias Chardon

Das gab es zuvor noch nie: Am 25. Mai 2014 wählten die Belgier nicht nur die Abgeordneten des Europäischen Parlaments, sondern auch die der regionalen Parlamente sowie die der föderalen Abgeordnetenkammer. Auf nationaler Ebene wurde vor allem das Abschneiden der flämischen N-VA mit Spannung erwartet. Sie verzeichnete einen beispiellosen Aufstieg und hat die politische Landschaft kräftig durcheinandergewirbelt. Die Wahl zum Europäischen Parlament fand in Belgien auch deshalb Beachtung, weil der ehemalige belgische Premierminister Guy Verhofstadt Spitzenkandidat der europäischen Liberalen für das Amt des Kommissionspräsidenten war. Mit der Wahl steht einmal mehr die in Belgien traditionell schwierige Bildung der Föderalregierung bevor. Dabei stellt sich die Frage, ob es nun leichter sein wird, eine Regierung zu bilden, als 2010.

Die N-VA und ihr Wahlprogramm

Die N-VA hat in den letzten Jahren einen beispiellosen Aufstieg in der Gunst flämischer Wähler verzeichnen können. Konflikte aufgrund der bipolaren Staatsstruktur mit Brüssel als Zankapfel und die sozio-ökonomische Entwicklung der beiden auseinanderdriftenden Landesteile haben viele Flamen davon überzeugt, ihre Stimme der N-VA zu geben.

Bart de Wever war und ist der Garant des Erfolgs der N-VA. Zum Aufstieg hat seine konfrontative Vorgehensweise in der politischen Debatte beigetragen. Erstens warf er den frankophonen Parteien vor, sie seien unfähig, mit Geld umzugehen und verließen sich zu sehr auf die Transfers aus Flandern. Zweitens grenzte er die N-VA ab von den anderen flämischen Parteien, die seiner Meinung nach zu nachgiebig seien im Umgang mit den frankophonen Parteien. Und drittens bediente er geschickt tief sitzende, emotionale Reflexe der Flamen über eine angebliche Benachteiligung gegenüber den Wallonen – historisch sicher richtig, längst aber nicht mehr real. Die stets damit verbundene Botschaft war: Flandern sollte in einem geeinten Europa unabhängig werden.

Im Wahlprogramm der N-VA,¹ das für alle drei Wahlen galt, unterstreicht die N-VA ihre bisherige Argumentation. Allerdings fordert sie nicht einfach die Unabhängigkeit, sondern eine Konföderation der beiden Teilstaaten Flandern und Wallonien, wobei Brüssel einen besonderen Status erhält. In einer solchen Konföderation sollen die Teilstaaten in Verhandlungen festlegen, was sie noch gemeinsam machen wollen. Rhetorisch wurde also etwas abgerüstet. Gleichzeitig bleibt sie eine eindeutig regionalistische und separatistische Partei.

– Im europapolitischen Teil des Wahlprogramms profiliert sich die N-VA als „eurorealistisch“, womit sie sich von „europhorischen“, aber auch euroskeptischen Parteien abgrenzen möchte. Wie bisher schon betont die N-VA, dass Flanderns Zukunft nur in und mit Europa gelingen kann.

1 Veränderung voor Vooruitgang. Verkiezingsprogramma Vlaamse, Federale en Europese verkiezingen, <http://www.n-va.be>.

- Die EU soll dort stark sein, wo sie es sein muss und kann: z.B. Handel, Binnenmarkt, Euro. Im Übrigen soll das Subsidiaritätsprinzip als Strukturprinzip gelten. Es gibt aber auch Bereiche, in denen die EU definitiv keine Regelungskompetenz übernehmen soll: Arbeit, Investitionspolitik, Bildung, Jugend, Sport, Kultur, Sprache und Tourismus.
- Die euroskeptischen Wähler spricht sie mit dem Thema Freizügigkeit und Sozialbetrug an. Sie ist zwar für die Freizügigkeit als Fundamentalprinzip des Binnenmarkts, mahnt aber an, Betrug müsse bekämpft werden. Dazu passt auch, dass sie sich gegen eine weitere Aufnahme von Mitgliedstaaten ausspricht; erst soll die EU-28 konsolidiert werden.
- Ihre regionalistischen und separatistischen Wurzeln kommen darin zum Ausdruck, dass sie einer „internen Erweiterung“ das Wort redet, d.h. dass Regionen wie Schottland, Katalonien oder das Baskenland (von Flandern ist hier nicht die Rede, darf aber wohl mitgedacht werden) im Falle der Unabhängigkeit automatisch Mitglied der EU werden sollen.
- Beim Thema Finanzkrise und Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten verwendet die N-VA dieselbe Rhetorik wie in der belgischen Debatte: Nord-Süd- bzw. Links-Rechtspolarisierung, Solidarität ja, aber begrenzt und verbunden mit klaren Reform-erwartungen und Verantwortlichkeiten an die Seite, der geholfen wird.
- Auch die Stärkung der europäischen Demokratie ist Thema der N-VA. So schlägt sie ein umfassendes Initiativrecht für das Europäische Parlament, aber auch für nationale und regionale Parlamente vor. Die Transparenz der Lobbying-Aktivitäten in Brüssel soll verstärkt werden.

Mit ihrem Wahlprogramm spricht die N-VA ganz unterschiedliche Wählergruppen an: europafreundliche Wähler, aber auch euroskeptische. Sie betont den Nutzen und den Mehrwert der europäischen Integration, setzt ihr aber dort Schranken, wo ihrer Meinung nach regionale und/oder nationale Identitäten berührt werden. Die Themen Erweiterung, Freizügigkeit und Sozialbetrug werden angesprochen, aber auch eine wachsende und bessere Demokratie und Transparenz der Union. Wirtschaftspolitisch steht die N-VA auf der liberal-konservativen Seite, flankiert durch einige sozialpolitische Maßnahmen (z.B. Forderung nach einem „Armutspakt“). Mit diesem Ansatz, der vielen vieles verspricht, hatte die N-VA bei den Europawahlen Erfolg: Sie wurde mit 26,67% mit Abstand stärkste Partei in Flandern; vor fünf Jahren waren es noch 9,88%. Sie ist die belgische Partei mit den meisten Abgeordneten im Europäischen Parlament (vier von zwanzig). Im Europäischen Parlament schlossen sich die Abgeordneten der N-VA der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten an. Dort finden sich auch z.B. die Alternative für Deutschland (AfD), die britischen Konservativen oder die Dänische Volkspartei.

Guy Verhofstadt als Spitzenkandidat der europäischen Liberalen

Guy Verhofstadt war es, der Anfang 2014 aus dem Kampf mit dem Finnen Olli Rehn als Sieger hervorging und Spitzenkandidat der Liberalen für das Amt des Kommissionspräsidenten wurde. Er ist überzeugter Europäer und rechnete sich Chancen aus, im Kampf zwischen Jean-Claude Juncker und Martin Schulz als lachender Dritter Kommissionspräsident zu werden. Um sich als Spitzenkandidat allen europäischen Wählern zu präsentieren, legte er eine programmatische Schrift mit dem Titel „Using the European dividend to exit the crisis“ vor.² Dabei geht er von der Grundidee des Delors-Plans aus und den Folgen, den dieser hatte. Nach Ansicht Verhofstadts sorgte die Realisierung des Binnenmarkts für Wirt-

2 <http://www.guyverhofstadt.eu/uploads/pdf/Plan%20for%20Europe.pdf>.

schaftswachstum und Arbeitsplätze und überwand die „Eurosklerosis“. Heute, so Verhofstadt, stehe Europa wieder vor einer ähnlichen Situation: Nullwachstum, hohe Arbeitslosigkeit, Verschuldung und eine schwach ausgeprägte parlamentarische Demokratie auf EU-Ebene. Um aus diesem Tief herauszukommen schlägt Verhofstadt ein Maßnahmenbündel vor:

- Schaffung einer echten Bankenunion und eines voll integrierten Kapitalmarkts um den Transmissionsmechanismus zwischen Banken und Realwirtschaft wiederherzustellen.
- Einführung von „Future Bonds“, um damit große Projekte in den Bereichen Transport, Energie und Digitaler Markt zu finanzieren. So könne ein echter europäischer Energiemarkt geschaffen werden, der unabhängiger von Energielieferungen von außerhalb sei. Mit der Realisierung eines digitalen Binnenmarkts könne die EU wettbewerbsfähiger werden gegenüber den derzeit dominierenden amerikanischen und asiatischen Firmen. Hier solle die EU zudem besonders aus den Prinzipien des Datenschutzes und der Privatsphäre Wettbewerbsvorteile entwickeln.
- Ebenfalls wichtig ist für Verhofstadt die Arbeitnehmermobilität zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Er meint: „A more integrated internal market without an increase in labour mobility will only create more job vacancies“. Zur Arbeitnehmermobilität gehöre eine gemeinsame Einwanderungspolitik für Menschen, die von außerhalb der Union kommen. Ziel müsse es sein „developing a system of legal economic migration such as is the case in Canada, the USA and Australia“.
- Zu guter Letzt fordert Verhofstadt in seinem Papier auch einige institutionelle Reformen. Zu diesen gehört das Initiativ- und Haushaltsrecht für das Europäische Parlament sowie eine interne Strukturreform der Kommission. In dieser solle es zum Zwecke einer effizienteren und effektiveren Politik Cluster rund um bestimmte größere Politikbereiche geben.

Verhofstadt führte seine Partei, die flämische Open VLD, in den Wahlkampf. Er als Person wurde von den Wählern belohnt, er erhielt fast eine halbe Million Vorzugsstimmen. Seine Partei allerdings konnte mit 20,4% ihr Ergebnis von 2009 lediglich halten. So wird die Open VLD weiterhin mit drei Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten sein. Die wallonischen Liberalen vom MR konnten leicht zulegen und erreichten 27,1%. Auch sie werden drei Abgeordnete stellen.

Die Ergebnisse der Wahlen und ihre Interpretation

Aus den Ergebnissen der verschiedenen Wahlen lassen sich einige grundlegende Tendenzen ablesen:

Der Aufstieg der N-VA setzt sich weiter fort. Im flämischen Parlament ist sie mit weitem Abstand stärkste Partei. Sie erreichte 31,88% der Stimmen und 43 von 124 Sitzen. Sie konnte vor allem die Wähler der Lijst Dedecker und des Vlaams Belang zu sich ziehen, die nahezu in der Bedeutungslosigkeit verschwanden. In der belgischen Abgeordnetenkammer ist die N-VA ebenfalls stärkste Partei und erhielt (bezogen auf ganz Belgien) 20,26% der Stimmen sowie 33 von 150 Sitzen. Eine Regierungsbildung auf föderaler Ebene ohne Einbeziehung der N-VA scheint mittlerweile ausgeschlossen – so schwierig das auch werden mag.

Damit einher geht der seit Jahren voranschreitende Bedeutungsverlust der flämischen Christdemokraten von der CD&V. Auf föderaler Ebene konnten sie zwar ein Mandat hinzugewinnen, im regionalen Parlament aber verloren sie vier Sitze und auch bei der Europawahl mussten sie Verluste hinnehmen.

Der sozialistische Premierminister Elio di Rupo, der aus Wallonien stammt, konnte für seine PS keine Zugewinne erreichen. Im Gegenteil: In der Abgeordnetenkammer verlor die PS drei Sitze, im wallonischen Parlament bleibt sie aber mit 30 von 75 Sitzen stärkste Partei.

Die Liberalen schlossen vor allem auf wallonischer Seite besser ab als zuletzt. Die Zahl der EP-Abgeordneten bleibt gleich, in der Abgeordnetenkammer gewann die MR zwei Mandate hinzu (jetzt 20), im wallonischen Parlament ist die MR-Fraktion gar um sechs Abgeordnete gewachsen (jetzt 25). Damit ist die MR eindeutig die Gewinnerin unter den größeren frankophonen Parteien. Die flämischen Liberalen können – neben dem hervorragenden Ergebnis bei den Vorzugsstimmen für Guy Verhofstadt – als einzigen Erfolg verbuchen, in der Abgeordnetenkammer ein Mandat hinzugewonnen zu haben (jetzt 14).

Absehbar ist, dass die Regierungsbildung auf föderaler Ebene nicht leichter sein wird als 2010. An der N-VA kommt niemand mehr vorbei. Auf frankophoner Seite dürfen sich die Liberalen als Wahlsieger sehen. Beide Parteien haben wirtschaftspolitisch sicher einige Gemeinsamkeiten. Die Sozialdemokraten beider Landesteile dürften bei der Regierungsbildung keine Rolle spielen, da sie zu schlecht abgeschnitten haben; das gilt gleichermaßen für die Grünen. Und die flämischen Christdemokraten müssen im Eigeninteresse dringend Ideen entwickeln, den schleichenden Niedergang aufzuhalten. Wie immer gilt: Die belgischen Verhältnisse sind kompliziert und nahezu unüberschaubar.

Ergebnis der Europawahl 2014³

Niederländisches Wahlkollegium				Französisches Wahlkollegium			
Partei	Stimmen in %	Veränderung zu 2009	Sitze im EP	Partei	Stimmen in %	Veränderung zu 2009	Sitze im EP
N-VA	26,67	+ 16,79	4	PS	29,28	+ 0,18	3
Open VLD	20,40	- 0,16	3	MR	27,10	+ 1,05	3
CD&V	19,96	- 3,30	2	ECOLO	11,69	- 11,19	1
SP.A	13,18	- 0,05	1	CDH	11,36	-1,98	1
Groen	10,62	+ 2,72	1	PTB-GO!	5,48	+ 4,32	0
Vlaams Belang	6,76	- 9,12	0	FDf	3,39	+ 3,39	0
PVDA+	2,40	+ 1,42	0	Andere	11,7		0
Andere	0,01		0				

Quelle: <http://verkiezingen2014.belgium.be/nl/>.

Weiterführende Literatur

Carl Devos (Hrsg.): *Belgie@2014: een politieke geschiedenis van morgen*, Gent 2014.

Audrey Vandeleene: Candidate selection for European lists: finding its place between the selection of federal and regional candidates in Belgium. Conference Paper: Elections and Democracy in Europe, Brussels, 7-9 April 2014, http://www.partirep.eu/sites/default/files/publication/file/VANDELEENE-EDIE_Second-order%20selection.pdf.

Stefaan Walgrave u.a.: Strong devolution but no increasing issue divergence: evolving issue priorities of the Belgian political parties, in: Stefaan Walgraave / Christoffer Green-Pedersen (Hrsg.): *Agenda Setting, Policies, and Political Systems*, Chicago 2014, S. 145-163.

3 Hinzu kommt das Deutschsprachige Wahlkollegium der deutschsprachigen Minderheit im Osten des Landes. Sie stellt einen Abgeordneten von der Christlich-Sozialen Partei CSP.